

Antrag

der Abgeordneten Dr. Max Stadler, Dr. Wolfgang Gerhardt und der Fraktion der FDP

Einsetzung eines Untersuchungsausschusses

Der Bundestag wolle beschließen:

Es wird ein Untersuchungsausschuss gemäß Artikel 44 des Grundgesetzes eingesetzt.

Dem Untersuchungsausschuss sollen 16 Mitglieder (CDU/CSU 6, SPD 6, FDP 2, DIE LINKE. 1, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 1) und die entsprechende Anzahl von stellvertretenden Mitgliedern angehören.

- I. Der Untersuchungsausschuss soll klären, welche politischen Vorgaben die rot-grüne Bundesregierung für das Handeln deutscher Sicherheitsbehörden machte, wie die politische Leitung und Aufsicht ausgestaltet war und wie eine Überwachung der Arbeit der Sicherheitsbehörden gewährleistet wurde.
Zum Aufklärungsgegenstand gehört auch der gesamte Komplex möglicher rechtswidriger und menschenrechtswidriger Aktivitäten des Central Intelligence Service (CIS) in Zusammenarbeit mit deutschen Regierungs- und Verwaltungsstellen.
- II. Der Untersuchungsausschuss soll die politische Verantwortung insbesondere an Hand von folgenden konkreten Vorgängen und Fragen klären:
 - CIA-Flüge/CIA-Gefängnisse
Welche Informationen hat die Bundesregierung seit wann über die mutmaßliche geheimen Gefangenentransporte der CIA von Terrorverdächtigen, die über deutsche und europäische Flughäfen abgewickelt wurden und werden?
 - Anti-Terror-Zentrum:
Waren die Bundesregierung bzw. die Bundesbehörden bei der Planung und dem Aufbau von Anti-Terror-Zentren beteiligt? Welche Form des Informationsaustauschs findet in einem solchen Anti-Terror-Zentrum zu welchem Zweck statt?

- Befragung von Inhaftierten im Libanon, in Syrien und Guantanamo
Welche politischen Leitlinien hat die rot-grüne Bundesregierung zu der Frage entwickelt, ob man Informationen einholt, obwohl die Befragten (von anderen Staaten) gefoltert worden sind oder folterähnlich inhaftiert waren?
Wie war die politische Vorgabe, wie solche Informationen anschließend weiterverarbeitet worden sind?
In welche Form wurden die erhaltenen Informationen weiterverwandt?
Warum wurde der Generalbundesanwalt nicht beteiligt?

 - El Masri
Welches Konzept hat die Bundesregierung zur politischen Aufarbeitung des Verschleppungsfalles entwickelt, als sie davon erfahren hat?
Welche Mitglieder der Bundesregierung haben in welcher Form das Thema bei ihrem Besuch in den USA angesprochen und welche Minister haben dies aus welchen Gründen unterlassen?
Ist das Bundeskabinett von den entsprechenden Ministern informiert worden und zu welchen Reaktionen führte die Unterrichtung?

 - BND-Aktivitäten im Irak während des Krieges
Wie ist es zu bewerten, dass die rot-grüne Bundesregierung öffentlich jegliche Mitwirkung am Irak-Krieg verneint hat, aber tatsächlich doch zumindest ein Informationsaustausch zwischen amerikanischen und deutschen Geheimdiensten stattfand?
Wer war in die Entscheidung eingebunden?
Wie lautete der genaue Auftrag und welche Stellen waren darüber informiert?
Wurden über die Aktivitäten des BND Berichte erstellt? Welchen Stellen wurden diese zugeleitet?
In welcher Form wurde das Agieren des BND im Irak kontrolliert?
- III. Der Untersuchungsausschuss soll auf Grund seiner Erkenntnisse gegebenenfalls auch Vorschläge machen, welche rechtlichen Veränderungen erforderlich sind, um die Arbeit deutscher Sicherheitsbehörden, insbesondere der Geheimdienste, mit einer effektiven politischen Leitung und Aufsicht durch die Bundesregierung und Kontrollmöglichkeiten durch das Parlament zu überwachen.

Berlin, den 17. Januar 2006

Dr. Wolfgang Gerhardt